

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWANZIGSTES JAHR

MÄRZ 1969

3

HEINZ DÜRRBECK

Bildungsfeindliche Tendenzen in unserer Gesellschaft

Man sagt uns — und in unserer Verfassung steht es geschrieben: daß Kultur und Bildung allen zugänglich, daß sie demokratisiert seien. Wie sieht es aber mit dieser Demokratisierung in Wirklichkeit aus? Fragen wir doch einmal ganz konkret: wer kommt denn noch dazu, wer findet die Zeit, sich das kulturelle Erbe zu eigen zu machen? Wer hat die Muße, ein Konzert mit Aufmerksamkeit anzuhören? Oder, um politisch zu werden: wer hat die Zeit — wer nimmt sich die Zeit, um die vorzüglichen kritischen Aufsätze und Sachbücher zu lesen, die heute — neben all dem Schund — doch auch erscheinen.

Wenn wir ehrlich sind, so müssen wir feststellen, daß die Demokratisierung der Bildung in der Realität nicht weit gediehen ist. Ich werde versuchen, einige der gefährlich bildungsfeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft aufzuzeigen, die dazu führen, daß die gewaltigen Bildungsmöglichkeiten in unserer Zeit nur in sehr begrenztem Umfang verwirklicht werden. Freilich verstehe ich solche Analyse nicht als Teil jener wohlfeilen Kulturkritik, die sich in düsteren Schilderungen der sogenannten „Massengesellschaft“ oder des „technischen Zeitalters“ erschöpft, so als wenn hier ein unabwendbares Schicksal walte. Ganz im Gegenteil. Es gilt nicht, unsere technisch geprägte Zivilisation schlecht zu machen, sondern diejenigen Kräfte beim Namen zu nennen, die die Massen und die Technik in ihrem Profit- und Herrschaftsinteresse manipulieren. Vor allem aber gilt es, die Gegenkräfte bewußt zu machen und zu unterstützen, die jenen bildungsfeindlichen Tendenzen Einhalt gebieten können.

Die ungeheure Bedeutung, die vor allem eine kritische Erwachsenenbildung hat, wird um so klarer erkennbar, wenn man sich Rechenschaft ablegt über die bildungsfeindlichen Kräfte, die in einer spätkapitalistischen Gesellschaft vorhanden sind und die überwunden werden müssen.

Gesellschaftliche und menschliche Bedeutung der Bildung

Es ist keineswegs ein Zufall, daß viele Menschen in unserer Gesellschaft sich abschätzig über Bildung äußern. Nicht selten wird Bildung noch als eine Art geistreicher Spielerei mißverstanden, nach dem Motto: gebildet ist, wer Goethe und Beethoven kennt. Es wird von Bildungsrummel gesprochen. Wenn kritische Fachleute auf den Bildungsnotstand in der Bundesrepublik verweisen, wird dem entgegengehalten: das sei doch alles

Unsinn, für zahllose Akademiker gäbe es ohnehin keine freien Stellen, tausende von Abiturienten wüßten bereits jetzt kaum, wie und wo sie studieren sollen.

Die vom DGB geforderte Reform der Berufsausbildung wird als unrealistisch und betrieblich undurchführbar abgetan. Andererseits ist auch innerhalb der Arbeitnehmerschaft, wie Untersuchungen ¹⁾ zeigen, die Meinung weit verbreitet: warum soll ich meinen Sohn — oder gar meine Tochter — aufs Gymnasium schicken? Ich bin ja auch nur Volksschüler gewesen und habe es trotzdem zu was gebracht. Natürlich ist die finanzielle Belastung für die meisten Eltern das entscheidende Problem. Aber auch das andere: die Unkenntnis über die ungeheure materielle Bedeutung einer guten Bildung und Ausbildung spielt gerade heute eine große Rolle.

Es gilt also, drei Fragen zu beantworten:

1. Warum ist die Bedeutung der Bildung und Ausbildung der Menschen heute größer als jemals zuvor in der Geschichte?

2. Warum muß man gleichwohl unsere Gesellschaft als eine bildungsfeindliche Gesellschaft bezeichnen?

3. Wie können wir auch durch eine zielbewußte gewerkschaftliche Politik, dieser Bildungsfeindschaft zum Trotz, dem demokratisch und fachlich gebildeten, mündigen Bürger den Weg bereiten?

Die frühkapitalistische und weitgehend auch noch die industriekapitalistische Gesellschaft, in der die Arbeiterbewegung entstand, ist durch eine uneingeschränkte Klassenherrschaft und durch eine sich nur langsam verändernde handwerklich geprägte Berufsordnung gekennzeichnet gewesen. Die mangelnde Bildung, oder wie es ein preußischer Minister im vorigen Jahrhundert ausdrückte: der „beschränkte Untertanenverstand“ der Massen, sicherte weitgehend die unangefochtene Herrschaftsposition einer kleinen Schicht, die allein über Besitz und Bildung verfügte.

Die Basis dieser Klassenherrschaft, der wirtschaftliche Produktionsprozeß, wurde durch die Arbeitsleistung der besitzlosen Massen garantiert, zu deren Qualifizierung es meist nur einer relativ einfachen Lehr- oder Anlernzeit bedurfte, die für eine lebenslange berufliche Tätigkeit ausreichte.

Die Erfordernisse einer komplizierter werdenden Technik, vor allem aber ein von der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung seit hundert Jahren geführter Kampf um die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft haben auch die bildungspolitischen Verhältnisse gewandelt. Dabei soll nicht verkannt werden, daß Vertreter des liberalen Bürgertums aus humanitärer Gesinnung durch die Gründung von Arbeiter-Bildungsvereinen mitgeholfen haben, zunächst innerhalb der Arbeiterschaft selbst Prozesse der Bildung und Vorformen politischer Organisation zu schaffen.

Aber es sind zweifellos die — teilweise aus diesen Arbeiter-Bildungsvereinen entwickelten — eigenständigen Organisationen der Arbeiter und Angestellten gewesen, die durch die Mobilisierung eines immer stärkeren organisierten Drucks auf die bestehende Obrigkeitsgesellschaft demokratische Grundordnungen erkämpft haben. Das Ringen um ein demokratisches Bildungssystem hat von Anfang an in diesem Kampf eine wesentliche Rolle gespielt. Wie unter anderem der Kampf um eine demokratische Gesamtschule in unseren Tagen zeigt, ist eine echte Demokratisierung unseres Bildungswesens noch bei weitem nicht erreicht worden. Dennoch wird niemand bestreiten, daß sich die breite Masse unseres Volkes aus dem Zustand dumpfer Untertänigkeit mehr und mehr herausarbeitet. Die ehemals unangefochtene klassengesellschaftliche Ordnung ist durch die erkämpften demokratischen Verfassungen in Frage gestellt, wenn auch noch keineswegs beseitigt. Wir erleben es tagtäglich, in politischen Diskussionen, in gesellschaftlichen Organisationen und bei Wahlen, daß diese in Verfassungen und Satzungen verankerte De-

1) Vgl. z. B. Susanne Grimm, Die Bildungsabstinenz der Arbeiter, München 1966.

mokratie nur in dem Maße verwirklicht wird, wie anstelle des „beschränkten Untertanenverstandes“ die kritische Vernunft des politisch informierten und gebildeten Staatsbürgers tritt.

Auch das mangelnde Engagement, die mangelnde Aktivität gerade der Arbeitnehmerschaft ist in vielen Fällen ein Bildungsproblem: Wer nicht Bescheid weiß, wer nicht informiert ist, der engagiert sich auch nicht in den Organisationen, von denen in einer Massengesellschaft die politische Entwicklung abhängt. Denn wer spürt, daß er nicht mitreden kann, verzichtet lieber darauf, sich zu beteiligen. Ja, mehr noch: In seiner Ohnmacht, die aus Unwissenheit resultiert, sucht er instinktiv nach angeblich starken Führerfiguren, denen er gerne die Entscheidung und die Macht überläßt.

Marx hatte einst vorausgesagt, daß die katastrophale, empörende Entwicklung des Kapitalismus selbst die Massen hellsichtig und rebellisch machen würde, so daß sie schließlich notwendigerweise zur befreienden revolutionären Tat schreiten würden. Im ersten Band des „Kapitals“²⁾ schreibt er, mit der Akkumulation, der Anhäufung des Kapitals in den Händen einer beständig abnehmenden Zahl von Kapitalbesitzern wachse zugleich „die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise ... Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert“.

Diese Hoffnung hat — aus Gründen, die ich hier nicht analysieren will — getrogen. Der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft hat keineswegs, wie Marx glaubte, die Arbeiterklasse „von selbst geschult“. Im Spätkapitalismus ist eher das Gegenteil eingetreten. Die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse, vor allem aber eine Kunst der Meinungs- und Bewußtseinsmanipulation, von der Karl Marx nichts ahnen konnte, hat wesentlich dazu beigetragen, den Massen die Vorstellung einer guten oder zumindest akzeptablen Gesellschaftsordnung einzuprägen. Um so mehr wird die Verwirklichung einer zähen, sicher sehr langfristigen gewerkschaftlichen und politischen Aufklärungsarbeit, die Erziehung zur politischen Kritik und Aktivität eine Lebensfrage der Demokratie.

Hinzu kommt das andere: Ohne eine gewaltige Verbesserung unseres Systems der Berufsausbildung und der Fachhochschulausbildung können weder die Arbeitnehmer noch unsere Gesellschaft als Ganzes künftig in einer sich immer rascher verändernden technischen Zivilisation bestehen. Wir wissen alle, welche beruflichen Veränderungen Rationalisierung und Automatisierung sowie die Anwendung neuer Werkstoffe und Energieträger bewirken! Statistische Berechnungen zeigen, daß die Mehrzahl derer, die heute einen Beruf erlernen, keine Chance hat, ihn ein Leben lang auszuüben. In einer derart dynamischen hochtechnisierten Gesellschaft droht Millionen sozialer Abstieg, wenn unser System der fachlichen Bildung nicht wesentlich verbessert wird.

Bildungsfeindliche Tendenzen im Spätkapitalismus

Unsere verantwortlichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte — von einigen rühmlichen Ausnahmen in den Stadt-Staaten und in Hessen abgesehen — zeigen sich aber leider in keiner Weise fähig, die Bildungsrevolution durchzuführen, die, wie ich zu skizzieren versuchte, für die Verwirklichung einer demokratischen Industriegesellschaft unabdingbar notwendig ist. Im Gegenteil! Es sind gefährliche bildungsfeindliche Tendenzen

2) Karl Marx, Das Kapital, Berlin 1961, 1. Band, S. 803

erkennbar, die unsere demokratische wie unsere wissenschaftlich-technische Entwicklung verhängnisvoll zu behindern drohen.

An erster Stelle muß hier auf eine im tiefsten Sinne menschenfeindliche und damit auch bildungsfeindliche Tendenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems hingewiesen werden: In vielen Betrieben geht es nicht darum, möglichst hochqualifizierte haltbare Güter zu einem erschwinglichen Preis herzustellen. Es geht auch nicht in erster Linie darum, gemäß den Möglichkeiten des technischen Fortschritts die Menschen in einer sich ständig verkürzenden Arbeitszeit ein möglichst hohes Einkommen verdienen zu lassen, so daß sie immer mehr Freizeit gewinnen und gleichzeitig die materiellen Mittel, um sich in dieser freien Zeit menschlich entfalten und bilden zu können. Das Gegenteil ist der Fall.

Milliarden von Arbeitsstunden könnten eingespart werden, wenn unsere Industrie nicht aus Profitgründen vielfach schnell verschleißende oder der Mode unterworfenen Waren herstellte, die relativ schnell wieder durch neue zu ersetzen sind. Nach den Berechnungen der amerikanischen Ökonomen *Baran* und *Sweezy* in ihrem auch ins Deutsche übersetzten Werk „Monopolkapital“³⁾ dient in den USA tatsächlich etwa die Hälfte aller Produktionen und Dienstleistungen volkswirtschaftlich und menschlich überflüssigen Zwecken; nicht ohne Grund hat man den Begriff des „Verschwendungskapitalismus“ geprägt.

In einer dem Gemeinwohl dienenden ökonomischen Ordnung hätten die Menschen nicht nur mehr Freizeit, sondern auch mehr freie Mittel, um diese Freizeit glücklicher, erfüllender zu gestalten. Natürlich gehört zum menschlichen Glück in erster Linie die Entspannung, das Faulsein, das Spiel und das gute Essen und Trinken. Aber ebenso gehört zum glücklichen, zum wahrhaft menschlichen Leben auch die Erweiterung des geistigen Horizonts, die Fähigkeit, Bescheid zu wissen und mitreden zu können in Dingen des Lebens und der Politik, teilnehmen zu können an den Ergebnissen der Wissenschaft und Kunst. Millionen würden gerne öfter in Ruhe ein Buch lesen oder eine kritische Zeitung oder Zeitschrift, die besser informiert als die Groschenblätter und Groschenhefte. Hunderttausende unserer Kolleginnen und Kollegen würden gerne öfter ins Theater oder zu einer großen politischen Forumsdiskussion, in eine Ausstellung oder in ein Konzert gehen. Aber zu all dem braucht man Zeit, Kraft und Geld. Und da zeigt sich die bildungsfeindliche Grundstruktur des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem immer noch und immer neu versucht wird, die menschliche Arbeitskraft so weit wie möglich im Produktionsprozeß auszuschöpfen.

In der oft noch durch lange Anfahrtswege verkürzten Freizeit aber werden die Menschen mit Hilfe raffinierter Werbung dazu angehalten, die wenigen Mittel, die ihnen zur freien Verfügung bleiben, für die oft sehr fragwürdigen Erzeugnisse des Massenkonsums und der Freizeitindustrie auszugeben.

Um es in einem Satz zusammenzufassen: Die ungeheuren Mittel, die wir durch die technische Revolution in 200 Jahren geschaffen haben, um den Menschen von der Fron zu befreien, um ihn reich und frei zu machen, werden auf Grund der kapitalistischen Profitinteressen zu einem beachtlichen Teil vertan und vergeudet in einem sinnlosen Kreislauf massenhaften Produzierens und Konsumierens.

Hinzu kommt noch, daß es mangels ausreichender demokratischer Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung in diesem Wirtschaftssystem immer wieder zu Stockungen, Krisen und Massenarbeitslosigkeit kommt. Ob diese Erscheinungen dauerhaft durch eine Politik regulierender staatlicher Eingriffe (*deficit spending etc.*) zu beseitigen sind, ist eine durchaus noch unentschiedene Frage. Durch Krisen aber entstehen Verluste des Volkseinkommens, die in die Hunderte von Milliarden Mark gehen. In einem Gutachten

3) Paul Baran/Paul Sweezy, Monopolkapital, Frankfurt 1967, besonders S. 371.

der Wirtschaftssachverständigen der Bundesrepublik⁴) beispielsweise wurde im Frühjahr 1967 vorausgesagt, daß die Wirtschaftskrise des Jahres 1967 allein einen Produktionsausfall von etwa 30 Mrd. DM verursachen könne. Die tatsächliche negative Wirtschaftsentwicklung dürfte diese Schätzung noch eher übertroffen haben. Das heißt, diese relativ kleine Krise hat Werte vernichtet, die doppelt so groß sind wie unsere gesamten Bildungsausgaben!

An dieser Stelle muß ich auf eine spezielle, in besonderem Maße dem Aufbau einer sozialen und gebildeten Gesellschaft zuwiderlaufenden Tendenz hinweisen. Bekanntlich versuchen die Regierungen in den kapitalistischen Ländern in Situationen der wirtschaftlichen Flaute und Krise durch außerordentliche Steigerung der Staatsaufträge die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Prof. *Schiller* ist es gelungen, gemeinsam mit den Länderregierungen durch eine Menge nützlicher ziviler Staatsausgaben einen neuen konjunkturellen Aufschwung einzuleiten. In den USA dagegen wird seit dem Koreakrieg versucht, Krise und Massenarbeitslosigkeit durch gewaltige, weit überdimensionale Rüstungsausgaben zu überwinden⁵).

Wenn auch die Amerikaner den Vietnamkrieg sicher nicht in erster Linie deshalb führen, weil sie zusätzlich Rüstungsaufträge für ihre Industrie brauchen, so steht doch eins fest: der große Plan Präsident *Johnsons*, mit gewaltigen finanziellen Mitteln in seinem Land eine umfangreiche Sozial- und Bildungsreform zu verwirklichen, ist infolge der wahnsinnigen Kosten des Vietnamkrieges fast völlig gescheitert.

Auch die Bundesrepublik steht in dieser Hinsicht keineswegs glänzend da: während in Japan der Staat für Bildung doppelt soviel ausgibt wie für Rüstung, ist bei uns das Verhältnis fast umgekehrt.

Hier waren es seinerzeit zwar nicht in erster Linie unmittelbar wirtschaftliche Interessen, die zu überdimensionalen Rüstungsausgaben geführt haben, wohl aber allgemeine kapitalistische Interessen am Aufbau einer machtpolitischen Front, die jede Entspannung zwischen den Gesellschaftssystemen in Mitteleuropa verhindern sollte. Adenauer hat diese reine machtpolitische Nützlichkeit einer gewaltigen Wiederaufrüstung, die in diesem Umfang keineswegs verteidigungspolitisch notwendig war, einmal offen eingestanden.

Als Franz Josef *Strauß* ihm an seinem 84. Geburtstag ein Bundeswehralbum mit der Widmung „Dem Schöpfer der Bundeswehr“ überreichte, stutzte Adenauer einen Moment und sagte dann zu den dabeistehenden Journalisten (nach der *Süddeutschen Zeitung* vom 7. Januar 1960):

„Schreiben Sie auf, was ich sage; es wird in der ganzen Welt kommentiert werden!: Es wurde mir klar, daß in einer Zeit wie der unsrigen Politik soviel Kraft hat, wie die Kraft (Adenauer meint: die militärische Kraft; HD.) bedeutet, die hinter ihr steht. Wenn man keine Kraft besitzt, kann man keine Politik machen. Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet.“

Diese Aussage enthüllt in der Tat, daß nicht so sehr die Angst vor einer kommunistischen Bedrohung, sondern machtpolitische Interessen das Ausmaß der westdeutschen Wiederaufrüstung bestimmt haben, auf Kosten einer sinnvollen sozial- und bildungspolitischen Aufrüstung!

Zusammenfassend kann man formulieren: Die Neigung von politischen und vor allem wirtschaftlichen Machteliten zu weit überhöhten Rüstungsausgaben trägt wesentlich dazu bei, die erforderlichen Sozialreformen und speziell die notwendige Bildungsrevolution in dieser Gesellschaft zu vereiteln.

Aber nicht nur die riesigen Rüstungsausgaben verhindern eine vernünftige Bildungs- und Forschungspolitik. Hinzu kommt eine unerhörte Belastung der Staatshaushalte im Spätkapitalismus durch Subventionen und eine unglaublich industriefromme Steuerpoli-

4) Abgedruckt in: Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967, S. 263.

5) Vgl. Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 3. Aufl. Frankfurt 1967, S. 68 ff., S. 304 ff.

tik. Aus gesellschafts- und wahlpolitischen Gründen unterstützt die Bundesregierung die Industrie, und speziell Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel mit Steuergeschenken und Subventionen, die auf 20 bis 30 Md. DM jährlich geschätzt werden⁶⁾. Eine derartige steuerliche Bevorzugung der Produktionsmittelbesitzer und die künstliche Aufrechterhaltung nicht mehr lebensfähiger Wirtschaftsbereiche beraubt den Steuerzahler Jahr für Jahr riesiger Summen, die für Sozial- und Bildungsinvestitionen dringend erforderlich wären. Es darf niemanden wunder nehmen, daß gerade angesichts des bei uns in der Bundesrepublik herrschenden Mißverhältnisses zwischen Bildungsinvestitionen und den genannten Ausgaben im Interesse einer restaurativen Interessenpolitik unser Land sich in einem akuten Bildungsnotstand befindet. Diese schon 1961 von Prof. *Picht* beschriebene Bildungskatastrophe ist keineswegs in den letzten Jahren beseitigt worden. Das ergibt sich aus einer neuen Studie einer bildungspolitischen Kommission der EWG, die unter anderem folgende Ergebnisse vorgelegt hat: In Frankreich hat die Zahl der Studenten in den letzten fünf Jahren um 120 vH zugenommen; in Italien und Belgien um 50 vH; in der Bundesrepublik dagegen nur um 20 vH. Georg Picht hat bereits 1964 vergeblich gefordert, daß Bund und Länder zur Abwendung einer Bildungskatastrophe bis 1970 50 Md. DM zusätzlich für Bildung und Forschung ausgeben müßten. Da, wie die EWG-Studie mit Recht feststellt, der *Wohlstand* einer hochentwickelten Industriegesellschaft langfristig wesentlich durch das Bildungsniveau ihrer Bürger bestimmt wird, wird die Bundesrepublik aller Voraussicht nach im Laufe der nächsten Jahrzehnte weit hinter andere Länder zurückfallen.

Die Feststellungen der zitierten EWG-Studie sind mit allem Ernst zu unterstreichen. Eine bildungsfeindliche Gesellschaft verstört Wurzeln, aus denen sie ihr Wachstum und ihre Kraft gewinnt. Nun will ich aber diesen Satz und die Feststellungen der EWG-Kommission keineswegs so verstanden wissen, als komme es nur darauf an, ein Volk von begabten Technikern und Technokraten heranzubilden. Wenn man ein Volk von Technokraten erzieht, aber nicht zugleich ein Volk aktiver Demokraten, dann kann es sehr schnell geschehen, daß trotz hohen technischen Fortschritts doch die Freiheit und die Menschenwürde in einer Industriegesellschaft verlorengehen. Bildung muß also immer zugleich auch Erziehung zum selbständigen und kritischen, politisch engagierten Denken und Handeln sein, Erziehung zur Demokratie.

Gerade in dieser Hinsicht gilt es eine weitere bildungsfeindliche Tendenz zu erkennen, die sich in unserer Gesellschaft aus der Organisation des Arbeitsprozesses ergibt. Die meisten Menschen werden am stärksten durch die betrieblichen Verhältnisse geprägt, unter denen sie immer noch den größten Teil ihres aktiven Lebens verbringen müssen. Nun gibt es zweifellos eine bestimmte geisttötende Eintönigkeit der Arbeit in der hochmechanisierten arbeitsteiligen Produktion, die in naher Zukunft wenig zu verändern ist. Was aber die Bildungsfähigkeit und Bildungswilligkeit vieler Menschen wesentlich stärker gefährdet, daß ist der autoritäre, militärähnliche Führungsstil, der in vielen Betrieben und Verwaltungen immer noch vorherrscht. Es ist klar, daß Menschen, die in der Arbeitswelt nur als stumme Befehlsempfänger behandelt werden, die auch dort, wo sie durchaus mitdenken und mitbestimmen könnten, stets den Mund halten, müssen, sich außerordentlich schwer tun, wenn sie dann in ihrer Freizeit plötzlich selbständig denkende, an eigener geistiger Tätigkeit und Bildung interessierte Menschen sein sollen. Ganz zu schweigen von ihrer Aufgabe, sich als aktive kritische Demokraten mit einer eigenen Meinung und einem eigenen Urteil zu bewähren!

Nun könnte sicher der Tendenz in der kapitalistischen Arbeitswelt, den Arbeitern und Angestellten das selbständige Denken abzugewöhnen, wirksam begegnet werden,

6) Vgl. dazu die zum Teil sensationellen Berechnungen des Steuerexperten Dr. Eggers, die, zusammengenommen, Dutzende von Milliarden DM an Steuerersparnissen der Kapitalbesitzer ergeben: „Lohnsteuer senken“, in: *Der Gewerkschafter* 11/1968, S. 414 ff.

wenn vor allem die Zeitungsverleger in einer verantwortungsbewußten Weise helfen würden, den Menschen in ihrer Freizeit zu Informationen, zu erweitertem Fachwissen und zu kritischem Denken zu verhelfen. Auch diese Chance wird infolge der kapitalistischen Profit- und Herrschaftsinteressen vielfach vertan. Der Sinn der großen Erfindung *Johann Gutenbergs*, durch die Druckkunst das Licht der Erkenntnis unter die Massen zu bringen, droht heute in sein Gegenteil umzuschlagen. Viele Bücher- und Zeitungsmacher haben erkannt, daß man mit Sex, mit gefühlsvollen Geschichten, Kriminalfällen und dergleichen wesentlich leichter und mehr Geld verdienen kann, als mit sachlicher Information. Die meisten Menschen, ohnehin nirgendwo zum politischen Denken erzogen, müde von der Arbeit, unwillig, sich in ihrer Freizeit noch mit ernststen Problemen zu beschäftigen, greifen lieber zum Groschenblatt, zum Groschenheft oder zum Kitschroman als zu informativen, politischen oder gar sozialkritischen Druckerzeugnissen. Die kapitalistische Bewußtseinsindustrie kommt ihnen nur allzu bereitwillig entgegen. Man braucht nur einen Blick auf die Wände der Zeitungskioske zu werfen, um zu erkennen: 90 vH des dort Gebotenen dient nicht der Information, der Erweiterung unseres Horizonts, sondern der Zerstreuung und Verdummung.

Da die Radio- und Fernsehstationen nicht profit-wirtschaftlich betrieben werden, ist ihr Angebot an informativen Sendungen erfreulicherweise wesentlich größer. Hier liegt zweifellos eine Bildungschance und eine Hoffnung für die Zukunft, und wir müssen diese Massenmedien mit aller Energie vor privatwirtschaftlichem Zugriff schützen. In dem bildungsfeindlichen Klima unserer Arbeits- und Freizeitwelt muß man freilich die Frage stellen: wie viele hören und sehen die informativen Sendungen — und wie viele machen es sich bequem, indem sie jeweils auf eine reine Unterhaltungssendung umschalten? Wer hat erkannt, daß wir alle heute zu lebenslänglichem Lernen verpflichtet sind, wenn wir nicht geistig und beruflich zurückbleiben wollen und wenn wir nicht erleben wollen, daß man auf unserem Rücken Politik macht?

Gewerkschaften als Bildungsmacht in einer bildungsfeindlichen Gesellschaft

Damit bin ich bei der entscheidenden Frage, die uns allen sicher angesichts dieses recht düsteren Bildes einer bildungsfeindlichen Gesellschaft auf den Nägeln brennt: Was kann gewerkschaftliche Organisation, was können wir alle als aktive Bürger und Gewerkschafter tun, um diese bildungsfeindlichen Kräfte und Tendenzen des Spätkapitalismus durch wirksame Gegenkräfte zu überwinden? Eins ist völlig klar: die gewerkschaftlichen Mittel, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und unsere gesamte Bildungsarbeit reichen allein nicht aus, um diese Gegenkraft zu organisieren".

Wir müssen Auffassungen in der Öffentlichkeit, aber auch in unserer Kollegenschaft entgegentreten, als wenn die Gewerkschaften eine fast allmächtige Organisation seien, die in der Lage ist, wenn sie nur will, alle politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft durch ihre Politik wiedergutzumachen. Arbeitnehmern, aber auch Studenten, die so denken, und uns dann bittere Vorwürfe machen, weil wir die Preise nicht stabil halten, oder die Notstandsgesetze nicht verhindern oder den Bildungsnotstand nicht beseitigen, müssen wir ganz klar erwidern: Gewerkschaften sind keine Parteien! Wer die politischen Verhältnisse — auch die bildungspolitischen Verhältnisse — in diesem Land verändern will, muß sich in erster Linie politisch, und ganz konkret parteipolitisch engagieren. Jeder, der beispielsweise die Schulpolitik in den Stadt-Staaten oder in Hessen mit der in mehr konservativ regierten Ländern vergleicht, kann schnell feststellen, in welchem Maße die Parteipolitik die Bildungspolitik bestimmt.

Dies nur zur Klarstellung vorweg, keineswegs als Alibi. Wir wollen unser Licht durchaus nicht unter den Scheffel stellen! Vielmehr möchte ich nun abschließend einige

Schwerpunkte unserer gewerkschaftlichen Bildungspolitik nennen. Freilich kann sie nur erfolgreich sein, wenn Millionen von Gewerkschaftern durch ihre aktive Teilnahme an der gewerkschaftlichen Aufklärungs- und Bildungsarbeit dazu beitragen, daß die Menschen in dieser Gesellschaft sich trotz allem nicht verdummen lassen. Der DGB fordert:

1. Anstelle des alten klassengesellschaftlichen Nebeneinander von Volks-, Mittel- und höherer Schule die zehnklassige Gesamtschule, die eine gemeinsame Schulbildung für alle jungen Menschen und einen mühelosen Übergang zur Erlangung der Hochschulreife ermöglicht. Ohne die Einführung dieser Gesamtschule als Basis unseres ganzen Bildungssystems läßt sich die demokratische Chancengleichheit in diesem entscheidenden Sektor dieser Gesellschaft niemals verwirklichen, und die Universitäten werden Einrichtungen bleiben, in denen die Kinder der materiell Benachteiligten unseres Volkes kaum vertreten sind.

2. Wir fordern eine grundlegende Reform der Berufsausbildung und Berufsberatung, u. a. die Verwirklichung eines Stufenplanes der Berufsausbildung und eine Verdoppelung der Berufsschulstunden, mit dem Ziel, durch eine wesentliche Verbesserung der beruflichen Allgemeinbildung anstelle vorzeitiger Spezialisierung die beruflichen Aussichten der Arbeitnehmer zu verbessern.

3. Wir fordern eine Demokratisierung des gesamten Hochschulbereichs und insbesondere eine grundlegende Reform der Ingenieurschulen mit dem Ziel, die fachliche Diskriminierung der Ingenieurstudenten und die starren, undemokratischen Unterrichtsordnungen dieser Schulen abzuschaffen.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften werden also keineswegs nur in einem engen Rahmen gewerkschaftlicher Bildungspolitik aktiv, sondern treten durchaus mit klaren Vorstellungen und Forderungen zur gesamten Bildungspolitik an die Öffentlichkeit.

Natürlich bleibt unsere eigene gewerkschaftliche Bildungsarbeit unsere Hauptkraft im Kampf gegen Unkenntnis und gegen die von anderer Seite bewußt betriebene Verdummung. Ich will hier nur auf folgende bildungspolitische Aktivitäten im Bereich der IG Metall hinweisen:

Wir haben durch die Einführung völlig neuer demokratischer Lehrmethoden und die Herstellung moderner Arbeitsunterlagen und Tonbildschauen die Breiten- wie die Tiefenwirksamkeit unserer Bildungsarbeit um ein Vielfaches gesteigert.

Wir haben durch die Ausbildung von 1500 Bildungsobleuten begonnen, die Voraussetzung für die Schaffung vieler hunderter von betrieblichen und betriebsnahen Arbeitskreisen zu schaffen, in denen durch die Zusammenarbeit unserer örtlichen und betrieblichen Funktionäre immer mehr kenntnisreiche und aktionsfähige Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder ausgebildet werden.

Im August 1968 hat die IG Metall den Grundstein für ein Bildungszentrum im Ruhrgebiet gelegt. Dieses Zentrum wird die größte und modernste Bildungseinrichtung werden, die je eine Gewerkschaft in Europa aufgebaut hat.

Ziel der gesamten gewerkschaftlichen Bildungsarbeit muß es sein, viele Zehntausende von Funktionären und Mitgliedern so zu informieren und auszubilden, daß sie in der Lage sind, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation kritisch zu analysieren, politisch aktiv Stellung zu nehmen, — vor allem aber im Betrieb die Meinung und die notwendigen Aktionen der Arbeitnehmerschaft in erfolgreicher Weise zu gestalten und zu führen. Denn das ist unsere große Chance, daß wir Hunderttausende bildungswilliger und bildungsfähiger Menschen in unseren Organisationen erreichen können, die durch betriebsnahe Bildungsarbeit, betriebliche Aufklärung und Aktionen etwas realisieren, was *Axel Springer* niemals vermag: Im persönlichen Kontakt, auf Grund eines persönlichen Vertrauensverhältnisses, Millionen von Arbeitern und Angestellten zu politischem Denken und Handeln anzuleiten und damit eine schließlich erfolgreiche demokratische Gegenkraft zu werden.

„Den Feind, den wir am meisten hassen“ — so heißt es im alten Arbeiterlied, „das ist der Unverstand der Massen.“ Wenn es uns gelingt, gemeinsam diesen Unverstand, oder genauer: diese Verdummung der Massen zu beseitigen, dann wird es uns auch gelingen,

Schritt für Schritt die reale, soziale Demokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu erkämpfen. Eins freilich muß dabei klar sein: Das stärkste Mittel der Bildung politisch-kritischen, demokratischen Bewußtseins ist die politische und gewerkschaftliche Aktivität innerhalb und außerhalb der Betriebe. Gewerkschaftliche Aktivität ist durch keine Bildungsarbeit zu ersetzen. Beides, Denken und Handeln, Bildung und Aktion gehören in einer freiheitlichen, sich zunehmend demokratisierenden Gesellschaft zusammen. Menschen lernen, indem sie handeln — und sie lernen nicht zuletzt aus Fehlern und Mißerfolgen. Und sie handeln um so erfolgreicher, je kenntnisreicher und planvoller sie vorgehen. Eine Bildung, die die Gesellschaft nicht zum Besseren verändert, ist nicht viel wert. Um zum Schluß noch einmal — diesmal zustimmend — Marx zu zitieren: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“